

*Sonderdruck aus:*

Osnabrücker Jahrbuch  
Frieden und Wissenschaft  
14 / 2007

## **Soziale Sicherheit und Frieden**

■ OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

■ MUSICA PRO PACE 2006

■ BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

November 2008, ISBN 978-3-89971-390-9  
V&R unipress

V&R  unipress

# Inhalt

|                                   |   |
|-----------------------------------|---|
| Vorwort der Herausgeber . . . . . | 7 |
| Editorial: . . . . .              | 9 |

## I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2006

|  |     |
|--|-----|
| <i>Islamische Theokratie im Iran und anderswo – Kriegsgefahren<br/>und Friedens-Chancen</i><br>Mit Ruprecht Polenz, Udo Steinbach, Mohssen Massarrat . . . . .               | 19  |
| <i>Empörung in den Städten? –<br/>Welche Signale geben die Zusammenstöße in Frankreich?</i><br>Mit Herbert Schmalstieg, Marianne Rodenstein,<br>Hartmut Häußermann . . . . . | 43  |
| <i>Forum interreligiöser Dialog: Religion und Gewalt</i><br>Mit Muhammad Abdel Haleem, Jonathan Magonet,<br>Franz Kamphaus . . . . .   | 65  |
| Milan Horáček, Brüssel / Straßburg und Prag<br><i>Europa sieht Deutschland: Tschechien und die Deutschen –<br/>16 Jahre nach der Einheit</i> . . . . .                       | 89  |
| <i>Krise ohne Ende?<br/>Welchen Weg geht die marktwirtschaftliche Gesellschaft?</i><br>Mit Franz Müntefering und Kurt Biedenkopf . . . . .                                   | 103 |
| Ursula von der Leyen, Berlin<br><i>Familienpolitik als Zukunftspolitik: Möglichkeiten und Grenzen.</i> . . .   | 123 |

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2006**

- Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Über Dmitri Schostakowitsch: Sinfonie Nr. 13 b-moll »Babi Jar«  
und Joseph Haydn: Sinfonie Nr. 44 e-moll »Trauersinfonie« . . . . .* 143

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

- Grußwort zum Festakt anlässlich des 20-jährigen Bestehens der  
Osnabrücker Friedensgespräche. Gehalten von Staatssekretär  
Dr. Josef Lange, Niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft  
und Kultur, am 25. Oktober 2006 . . . . .* 153

- Dieter Senghaas, Bremen  
*Ist Frieden möglich? Festvortrag anlässlich des  
20-jährigen Bestehens der Osnabrücker Friedensgespräche.  
Gehalten am 25. Oktober 2006 in der Stadthalle Osnabrück . . . . .* 157

- Roland Czada, Osnabrück  
*Sackgassen der Sozialpolitik. Integration und Ausgrenzung  
im deutschen Wohlfahrtsstaat . . . . .* 169

- Hamideh Mohagheghi, Hannover:  
*Interreligiös Lernen: Was macht den Alltag für Muslime  
in Deutschland so schwierig? . . . . .* 185

- Alrun Niehage, Osnabrück  
*»Nachhaltige Familienpolitik« zwischen Anspruch und Realität . . . . .* 193

- Rainer Werning, Köln  
*18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges:  
Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel. . . . .* 209

**IV. ANHANG**

- Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 224  
Abbildungsnachweis . . . . . 230

Rainer Werning, Köln

## 18 Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges: Fragiler Frieden auf der koreanischen Halbinsel

»Anschuldigungen gegen und Vorurteile über Nordkorea sind uns sattsam bekannt. Das erinnert an herumtollende Kinder, die auf Spielplätzen gern vor aufgestellten großen Spiegeln posieren und Mätzchen machen. Wenn sie dann in die Spiegel schauen, stellen sie verduzt fest, dass ihre Körper mal aufgebläht und riesig sind oder sie auf einmal wie Winzlinge, Zwerge erscheinen. Über Nordkorea zirkulieren Verzerrungen, ja, Zerrbilder der größten Art. Offenbar ist da auch eine Abwehrhaltung im Spiel. Denn das Land fühlt sich permanent bedroht, und sein Bild im Ausland, selbst in Kinofilmen, ist in den schwärzesten Farben gemalt. Allen anderen Ländern wird zugestanden, zumindest zwei Gesichter zu haben.«

Hwang Sok-Yong  
Südkoreas bedeutendster zeitgenössischer Schriftsteller,  
im Gespräch mit dem Autor, 25. Juni 2005

*I. Vorbemerkung* — »Der Irre mit der Bombe« lautete der reißerische Titel des Wochenmagazins *Der Spiegel* in seiner Ausgabe vom 14. Februar 2005. Das Titelfoto zeigte einen feisten, lächelnden *Kim Jong-Il*, Sohn des nordkoreanischen Staatsgründers und Präsidenten auf Lebenszeit, *Kim Il-Sung*, inmitten eines surrealen Arrangements aus Wasser, Blumen und startbereiten bzw. bereits gezündeten Raketen. Kim Jong-Il – ein ungeliebter Psychopath an der Spitze eines Zombie-Staates? Der im Juli 1994 verstorbene Kim Il-Sung – Gründer eines post-stalinistischen *Gulag*-Staates? Ähnliche Geschichten veröffentlichten zuvor US-amerikanische Magazine wie *TIME* und *Newsweek* oder der britische *Economist* – von Boulevardblättern ganz zu schweigen. Selbst US-Präsident *George Bush* beschimpfte Kim Jong-Il bei einem Treffen in Schanghai als »Pygmäen«.

In einem dermaßen von Vorurteilen und Klischees geprägten Klima war und bleibt es schwer, zu einem normalen Umgang miteinander zu finden und anstelle von implizitem oder gar explizitem Säbelrasseln politisch-diplomatische Avancen zu unternehmen. Zumal und insbesondere auf der koreanischen Halbinsel, wo auch 18 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer Stimmungen des Kalten Krieges inmitten unüberwindbarer Minenfelder virulent sind. Dennoch herrscht im Umgang zweier Protagonisten,

der Regierung der Republik Korea (Südkorea) und der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea (Nordkorea), ein weitaus entspannteres Verhältnis als noch vor einer Dekade.

*II. Krisenstimmung im Sommer 1994* — Im Sommer 1994 hatte es den Anschein, als stünde die koreanische Halbinsel 40 Jahre nach dem Koreakrieg (1950-1953) erneut an der Schwelle eines militärischen Konflikts. In den U-Bahnen der südkoreanischen Metropole warnten Poster und Lautsprecherhinweise verstärkt vor »kommunistischen Agenten« aus dem Norden. Die Bevölkerung war aufgerufen, besonders wachsam zu sein, denn die »Kommunisten« tarnten sich als Wolf im Schafspelz. Auf Abbildungen waren auch satte grüne Blätter zu sehen, auf denen sich raffiniert kleine rote Eidechsen eingenistet hatten. Eine hohe Belohnung erwartete alle, die »Auffälliges« unverzüglich den Behörden meldeten. In Südkoreas Städten heulten regelmäßig Alarmsirenen auf.

Die Lage war äußerst angespannt und spitzte sich dramatisch zu. Ende Juni war US-Präsident *Bill Clinton* fast zum Krieg entschlossen. Doch als der US-Oberbefehlshaber in Korea, General *Gary Luck*, Clinton darüber informierte, dass ein neuer koreanischer Krieg mindestens sechs Monate dauern und bis zu 100.000 US-Soldaten das Leben kosten könnte, lenkte der Präsident ein. Ex-Präsident *Jimmy Carter* trat als Vermittler auf die Bühne, flog in die nordkoreanische Hauptstadt Pjöngjang und handelte direkt mit dem damaligen Staatschef Kim Il-Sung einen Vertrag aus, demzufolge der Kernkraftkomplex *Yôngbyôn* stillgelegt werden sollte. Seit Oktober 1994 überwachte sodann die in Wien ansässige Internationale Atomenergie-Behörde (IAEA) die Anlage wieder.

Entschärft wurde diese Atomkrise am 21. Oktober 1994 in Genf. Dort trafen die USA und Nordkorea eine Rahmenvereinbarung – *Agreed Framework* genannt – über den Umbau des nordkoreanischen Nuklearprogramms in *Yôngbyôn*. Für seinen Verzicht, dieses weiterzuentwickeln, sollte Pjöngjang bis zum Jahre 2003 zwei 1.000-Megawatt-Leichtwasserreaktoren in *Kúmho* (an Nordkoreas Ostküste) und bis dahin jährlich 500.000 Tonnen Schweröl und Kohle im Gesamtwert von umgerechnet knapp 4,6 Mrd. US-Dollar erhalten. Die Genfer Rahmenvereinbarung sah auch vor, in Washington und Pjöngjang jeweils Verbindungsbüros einzurichten und gemeinsam nach Überresten der im Koreakrieg gefallenen GI's zu suchen. Und das Wichtigste: Pjöngjang erhielt in einem Zusatzprotokoll eine Sicherheitsgarantie. Mit der Umsetzung der technischen und finanziellen Hilfslieferung wurde ein Jahr später (1995) das eigens zu diesem Zweck gegründete Nuklearkonsortium *Korean Peninsula Energy Development Organisation (KEDO)* betraut, dem ursprünglich die drei Gründungsmitglieder und Hauptfinanziers USA, Japan und Südkorea, das den

Löwenanteil trug, angehörten. 1997 trat die Europäische Union KEDO's *Executive Board* bei und leistete zwischen 1996 und 2000 jährlich 15 Mio. ECU an nichtrückzahlbaren Zuschüssen.

*III. Nach missglückten Entspannungsbemühungen ...* — Seit dem Korea-Krieg gab es von Seiten Seouls und Pjöngjangs nur drei größere Anläufe, um das hartnäckig von Feindbildern besetzte Verhältnis halbwegs zu entkrampfen. Jedes Mal jedoch waren außenpolitische Faktoren mitverantwortlich dafür, dass die Friedenssuche in neuerliche Konfrontation mündete. Der erste Anlauf geschah im Sommer 1972. Am 4. Juli 1972 schlug die in beiden Hauptstädten gleichzeitig bekannt gegebene *Gemeinsame Süd-Nord-Erklärung über die friedliche nationale Wiedervereinigung* wie eine Bombe ein. Darin hieß es:

»Beide Seiten einigen sich über folgende Prinzipien der Wiedervereinigung des Vaterlandes:

Erstens: Die Wiedervereinigung soll unabhängig, das heißt ohne sich auf eine fremde Macht zu stützen, noch mit deren Einmischung erreicht werden.

Zweitens: Die Wiedervereinigung soll mit friedlichen Mitteln, das heißt ohne Waffeneinsatz der einen Seite gegen die andere, verwirklicht werden.

Drittens: Die große nationale Einheit soll vor allem durch ein gemeinsames Nationalgefühl gefördert werden, ungeachtet der Unterschiede der Ideologien, Ideale und Systeme.

Beide Seiten halten sich von der Verleumdung der anderen Seite und von bewaffneten Provokationen, kleinen oder großen, zurück und wirken darauf hin, Zwischenfälle durch unerwartete militärische Konflikte zu vermeiden, damit die Spannung zwischen dem Norden und dem Süden überwunden und eine vertrauensvolle Atmosphäre geschaffen werden kann.«<sup>1</sup>

Zugleich wurde vereinbart, die Zusammenarbeit auf den verschiedensten Ebenen, vorrangig im Rahmen von Gesprächen unter der Ägide des Internationalen Roten Kreuzes, zu fördern. Außerdem sollte zwischen beiden Hauptstädten ein »heißer Draht« hergestellt und darauf hingewirkt werden, dass ein noch zu schaffendes *Nord-Süd-Koordinationskomitee* die drei gemeinsamen Prinzipien realisiert. Der in Seoul völlig unerwartete Besuch des damaligen US-Präsidenten *Richard M. Nixon* in der Volksrepublik China und die Verhängung des Kriegsrechts in Südkorea im Jahre 1972 machten die hehre *Gemeinsame Süd-Nord-Erklärung* auf Jahre zur Makulatur.

Um die Jahreswende 1990/1991 handelten Nord- und Südkorea einen *Aussöhnungs- und Normalisierungsvertrag* aus, der den beiderseitigen Austausch in den Bereichen Kultur, Wirtschaft und Politik vorsah und gemeinsame Besuchsprogramme ermöglichen sollte. Auch das hörte sich gut an. Doch die Vertragsunterzeichnung fiel in eine für Nordkorea überaus bedeutsame Umbruchphase. In Berlin war die Mauer gefallen, der Zusammenbruch der Sowjetunion und anderer realsozialistischer Regime in Osteuropa stand bevor. Für Pjöngjang bedeutete die Politik von *Glasnost* und *Perestrojka* in der Sowjetunion unter *Michail Gorbatschow* nichts Gutes. Öffnung und Transparenz – das ging der nordkoreanischen Nomenklatur entschieden zu weit. Sie witterte darin eine – so wörtlich – »ideologische Kontaminierung« und zog kurzerhand ihre im Ausland befindlichen bzw. dorthin beorderten Kader und Techniker ab und schickte sie wieder nach Hause. Auf die Umbruchphase in Osteuropa reagierte Pjöngjang auf seine Weise; es schottete sich gegenüber der (westlichen) Außenwelt ab, setzte stärker als zuvor auf ideologische Erziehung und Kampagnen, entwarf das Konzept des »Sozialismus in den eigenen Farben« und propagiert seitdem den »starken und gedeihenden Staat«. Diesmal war es der Norden, der den innerkoreanischen Annäherungsprozess aussetzte. Neben den Entwicklungen in der Sowjetunion und in Osteuropa waren dafür auch schwerwiegende innen- und wirtschaftspolitische Probleme ausschlaggebend. Nach dem Tod des »Großen Führers« Kim Il-Sung (1994) folgten Jahre verheerender Dürre und Überschwemmungen. Die ohnehin angeschlagenen, mit hoffnungslos veralteter Technologie ausgestatteten Wirtschaftsbetriebe, die abrupte Umstellung des Handels auf Devisenbasis und immense Rüstungsausgaben (etwa 30% des Bruttoinlandsprodukts) führten das Land nahezu in den Ruin.

Mitte der 1990er Jahre erlebte Nordkorea in Folge verheerender Naturkatastrophen komplette Ernteausfälle und in einigen Regionen akute Hungersnot. Davon hat sich das Land bis heute nicht vollständig erholt, wengleich sich die Lage für die Menschen, wie Mitarbeiter internationaler Nichtregierungsorganisationen (NGO) betonen, seitdem spürbar verbesserte. Doch die Auswirkungen mehrjähriger chronischer Mangelernährung sind noch immer sichtbar, vor allem in den abgelegenen, schwer zugänglichen Gebieten, wo Kleinkinder nicht angemessen mit Nahrungsmitteln und medizinisch versorgt wurden. Eine wirtschaftlich angespannte Situation, die Pjöngjangs gepriesenes *Dschutsche*-Konzept, seine Variante einer autozentrierten Entwicklung, untergrub. Mitte November 2002 wechselte dann Nordkorea seine gesamten Devisen in Euro ein, nachdem Pjöngjang bereits im Sommer desselben Jahres das bis dahin geltende Preis- und Lohngefüge umgestellt hatte.



Die dritte Annäherung zwischen Nord- und Südkorea geschah Mitte Juni 2000. Am 13. Juni genoss die nordkoreanische Führung sogar als Gastgeber des ersten innerkoreanischen Gipfeltreffens den geschichtsträchtigen Moment, dass die Staatschefs beider Teilstaaten, *Kim Dae-Jung* und Kim Jong-Il, Freundlichkeiten per Handschlag austauschten. Zwei Tage später, am 15. Juni 2000, vereinbarten beide Staatsmänner die historische *Nord-Süd-Deklaration*. Über Familienzusammenführung und gegenseitige Besuchsprogramme hinaus sieht diese eine engere Kooperation in den Bereichen Kultur, Handel und Wirtschaft vor. Möglich geworden war dieses erste Zusammentreffen der beiden mächtigsten Politiker in Seoul und Pjöngjang nach dem Amtsantritt Kim Dae-Jungs im Februar 1998. Der einstige ›Staatsfeind Nummer Eins‹ war damals siegreich ins »Blaue Haus«, den Sitz des südkoreanischen Präsidenten, eingezogen und verkündete eine »Sonnenscheinpolitik« gegenüber dem Norden. Dies erfolgte aus pragmatischen und finanziellen Erwägungen. Seitdem klar wurde, welch gewaltige Kosten Südkorea aufgebürdet würden, verfolgte es eine (Wieder-) Vereinigungspolitik analog dem deutschen Beispiel, schwand die frühere Euphorie der politischen Eliten in Seoul dahin, man könne sich den Norden aufgrund der eigenen haushohen wirtschaftlichen Überlegenheit einverleiben. Der wirtschaftlich gebeutelte Norden und die mit einer raschen Vereinigung verbundenen unkalkulierbaren Konsequenzen waren auf einmal eine Kröte, die niemand schlucken wollte.<sup>2</sup>

*IV. ... ein kurzzeitiger Silberstreif am Horizont* – Wandel durch Handel, Annäherung statt Destabilisierung – lautete fortan die Devise in Seoul. Dabei bezog sich Kim Dae-Jung ausdrücklich auf *Willy Brandts* frühere »Ostpolitik«, wengleich er die Situation beider Länder nie für vergleichbar hielt. Dieser dritte Anlauf einer Nord-Süd-Verständigung schien vielversprechend zu verlaufen, zumal dieser Prozess im Ausland breite Unterstützung fand. Für seine »Sonnenscheinpolitik« erhielt der südkoreanische Präsident im Jahre 2000 den Friedensnobelpreis. Zwar gehören zu einer Friedensregelung mindestens zwei Parteien, doch Nordkoreas Kim Jong-Il wollte das Nobel-Komitee offensichtlich nicht aufwerten.

*William Perry*, ehemaliger US-Verteidigungsminister und einer der Architekten der Genfer Rahmenvereinbarung von 1994, unternahm eine Shuttle-Diplomatie, um als Sonderemissär von Präsident Bill Clinton eine mittelfristige Nordkorea-Politik zu formulieren. Im Oktober 1999 veröffentlichte Perry seinen Bericht – mit dem Ergebnis, an der Rahmenvereinbarung unbedingt festzuhalten und Südkoreas »Sonnenscheinpolitik« zu unterstützen. In dreierlei Hinsicht war der *Perry-Report* bedeutsam: Beide Protagonisten wahrten ihr Gesicht; die in Washington angenommene Prämisse, Nordkorea werde alsbald zusammenbrechen, wurde revidiert,

und schließlich ward die vom südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-Jung verfolgte »Sonnenscheinpolitik« ausdrücklich befürwortet. In zwei zentralen Punkten – in der Atompolitik und bei den ballistischen Raketen – war man einer Vereinbarung große Schritte näher gekommen. Erklärte sich Nordkorea bereit, die Produktion, Stationierung und Ausfuhr aller Raketen mit einer Reichweite von über 500 Kilometern einzustellen, lockerte Washington im Gegenzug einige seiner Wirtschaftssanktionen und setzte sich für die Fortführung und Aufstockung von Hilfslieferungen an die Volksrepublik ein.

Den Höhepunkt Pjöngjanger Außenpolitik bildete der Besuch von US-Außenministerin *Madeleine Albright* am 23. und 24. Oktober 2000. Damit weilte erstmalig in der Geschichte beider Länder ein derart hochrangiger Repräsentant der US-Regierung in der Volksrepublik. Zudem empfing US-Präsident Bill Clinton fast zeitgleich mit General *Cho Myông-Rok* sogar die Nummer Drei der nordkoreanischen Nomenklatur im Weißen Haus. Fast hätte Clintons letzte Auslandsreise ihn im Januar 2001 nach Pjöngjang geführt, wo bereits entsprechende Vorbereitungen im Anschluss an den Albright-Besuch angelaufen waren.

V. *Verstärktes EU-Engagement* – Die Europäische Union unterstützte von Beginn an die *Sunshine Policy* Kim Dae-Jungs und lieferte neben der Beteiligung an KEDO Nahrungsmittel und humanitäre Hilfe, deren Umfang allein im Zeitraum von 1995 bis 2002 rund 180 Mio. Euro betrug. Darüber hinaus vertiefte die EU den politischen Dialog mit Pjöngjang, förderte die Vertrauensbildung und Zusammenarbeit im Rahmen des *ASEAN Regional Forum (ARF)* sowie Maßnahmen bezüglich mittelfristiger technischer Hilfe und avisierte schließlich Möglichkeiten eines erleichterten Marktzugangs für nordkoreanische Produkte in die EU.

Seit 1995 hatten 5,7 Millionen Nordkoreaner/innen, etwa ein Viertel der Gesamtbevölkerung, in Folge von Naturkatastrophen (Dürreperioden und Überschwemmungen) arg zu leiden und Hungersnöte grassierten – eine für die Volksrepublik überaus missliche Lage, in der die vielfältigen Hilfsprogramme der EU zwar höchst willkommen waren, das vor Ort tätige Personal staatlicher sowie nichtstaatlicher Hilfswerke indes mit Argwohn bedacht und in seiner Bewegungsfreiheit stark eingeschränkt wurde. Die Hilfsmaßnahmen betrafen sowohl staatliche und nichtstaatliche Nahrungsmittellieferungen als auch bilaterale Hilfen in den Bereichen technische Zusammenarbeit, Management, Marktöffnung im Lande und Zugang zum EU-Markt.

Allein im Rahmen ihres Nahrungsmittelhilfs- und Nahrungsmittelsicherungsprogramms (das auch landwirtschaftliche Inputs und verbesserte Methoden bei der Bodenbewirtschaftung vorsah) stellte die EU-Kommis-

sion der Volksrepublik in den Jahren von 1997 bis 2000 insgesamt 168 Mio. Euro über drei Kanäle zur Verfügung: direkte bilaterale Hilfe in Höhe von 106,7 Mio. Euro; Bereitstellung von 50 Mio. Euro für das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen sowie 11 Mio. Euro für die Operationen sechs größerer europäischer NGO, zu denen neben CESVI, Concern, Children's Aid Direct, Action Contre La Faim und Médecins Sans Frontières auch die Deutsche Welthungerhilfe zählte. Deren Aktivitäten konzentrierten sich vorrangig auf die Verpflegung und Betreuung von Kindern, Jugendlichen und älteren Menschen und auf den Ausbau beziehungsweise die angemessene Ausstattung von Gesundheitszentren.

Im Februar 2002 erarbeitete die EU-Kommission eigens ein *Country Strategy Paper* (CSP) für die DVRK, in dem die Rahmenbedingungen der technischen Zusammenarbeit mit der Volksrepublik bis zum Jahr 2004 skizziert wurden. Als Eckpunkte der Kooperation wurden folgende Maßnahmen avisiert: Unterstützung des innerkoreanischen Dialogs, Hilfe beim Prozess der nordkoreanischen Marktöffnung und Modernisierung der Wirtschaft, erleichterter Zugang nordkoreanischer Produkte auf dem EU-Markt (vor allem erhöhte Importquoten bei Textilien), verstärkte Investitionen, eine Erweiterung des EU-DVRK-Außenhandels, der im Jahre 2000 umgerechnet gerade einmal zirka 319 Mio. US-Dollar ausmachte, sowie die Aufnahme von Gesprächen über die Lage der Menschenrechte in der DVRK. Die erste Gesprächsrunde dieser Art fand am 13. Juni 2001 statt, während im Gegenzug die Volksrepublik im März 2002 eine Delegation nach Europa entsandte, um sich vor Ort ein Bild über die wirtschaftspolitischen Maßnahmen der EU zu verschaffen.

Zwischen 1998 und Juni 2002 hielten Vertreter der EU und der DVRK überdies fünf politische Gesprächsrunden auf höherer Beamtenebene (*Regional Directors*) ab, die letzte davon in der nordkoreanischen Hauptstadt, in denen auch Fragen des nordkoreanischen Atomprogramms und wirtschaftlicher Reformen zur Sprache kamen. Bereits im Juli 1999 hatte die EU mit der Ausarbeitung einer »kohärenten Roadmap« begonnen, um künftige Beziehungen mit der DVRK im Rahmen ihrer Ratsbeschlüsse über die koreanische Halbinsel zu formulieren. Der seit Sommer 2000 in Schwung geratene innerkoreanische Entspannungsprozess wurde auf dem dritten, vom Thema Nordkorea beherrschten Europa-Asien-Gipfel (ASEM) der Staats- und Regierungschefs der 15 EU-Länder und zehn Staaten Ost- und Südasiens in Seoul Mitte Oktober 2000 gewürdigt, was seinerzeit nicht nur in beiden koreanischen Hauptstädten, sondern auch in Beijing ausdrücklich begrüßt wurde.

Während des Seouler ASEM-Gipfels waren innerhalb der EU zwar unterschwellig Differenzen vernehmbar: Der Präsident der Europäischen Kommission *Romano Prodi* kritisierte die unterschiedlichen Geschwindig-

keiten, mit denen EU-Staaten an Pjöngjang herantraten und mit der DVRK volle diplomatische Beziehungen vereinbarten. Gemeint waren damit vor allem Großbritannien und Deutschland (die Bundesrepublik eröffnete schließlich am 1. März 2001 ihre Botschaft in Pjöngjang). Im Gegensatz zu *Tony Blair* und *Gerhard Schröder* hatte sich der französische Präsident *Jacques Chirac* eher reserviert gezeigt. Doch spätestens der Anfang Mai 2001 erfolgte Besuch einer hochrangigen Delegation der Europäischen Union unter Leitung des schwedischen Ministerpräsidenten und damaligen EU-Ratsvorsitzenden *Göran Persson* in Nord- und Südkorea war dort wie auch in Beijing als *goodwill*-Geste willkommen geheißen und von Pjöngjang genutzt worden, nochmalig seine weitere Kooperationsbereitschaft zu signalisieren. Begleitet wurde Persson vom EU-Außenkommissar *Chris Patten* und dem EU-Beauftragten für Außen- und Sicherheitspolitik, *Javier Solana*. Diese Avancen nutzten der chinesische Präsident *Jiang Zemin* und Chinas Außenminister *Tang Jiaxuan* wenig später auf dem ASEM-Treffen in Beijing Ende Mai 2001, um explizit eine engere Kooperation mit Europa anzumahnen. Dabei bemühten sie das Bild einer »neuen Seidenstraße«, was gleichzeitig als Gegengewicht zur Supermacht USA gemeint war.

VI. *Rückschlag unter Bush* — Was zu Beginn des Jahres 2001 auf einen viel versprechenden Entspannungsprozess in Korea hindeutete, geriet bereits kurz nach dem Amtsantritt von George W. Bush aus den Fugen. Selten dürfte im Weißen Haus ein Staatsgast, dazu noch ein gerade erst mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnetes Staatsoberhaupt, dermaßen brüskiert worden sein, wie das Anfang März 2001 Südkoreas Präsidenten Kim Dae-Jung widerfuhr. Anlässlich dieses ersten Staatsbesuchs eines asiatischen Regierungschefs beim neuen Chef im Weißen Haus nannte Präsident Bush Nordkorea am 7. März 2001 unvermittelt einen »Bedrohungsfaktor in Ostasien«, mit dem Gespräche ausgesetzt und erst nach einer kompletten Neubestimmung der US-Asienpolitik wieder aufgenommen würden. Als er auch noch den innerkoreanischen Dialog als »naiv« abstempelte, standen Kim Dae-Jung samt Entourage wie begossene Pudel da. Einen Tag zuvor, am 6. März 2001, hatte Außenminister *Colin Powell* den noch zuversichtlich gestimmten Gästen aus Seoul versichert, er werde »die viel versprechenden Elemente der Nordkorea-Politik seiner Vorgängerin weiter entwickeln«. Peinlich für die südkoreanische Delegation war überdies, dass sie in die Debatte um das von Präsident Bush propagierte Raketenabwehrsystem (NMD) als Kern einer neuen US-amerikanischen Verteidigungsstrategie hineingezogen wurde.

Das ließ alte Wunden unverzüglich wieder aufbrechen. Pjöngjang brandmarkte im Staatsrundfunk und in der *Rodong Sinmun*, dem Zent-

ralorgan der herrschenden Partei der Arbeit, die USA als eine »Nation von Kannibalen« und warnte Washington vor provokativen Aktionen. Pjöngjang reagierte deshalb so harsch, weil sich seit dem Amtsantritt von Bush Junior die US-amerikanisch-chinesischen Beziehungen spürbar abkühlten. Anfang April 2001 war auf der chinesischen Insel Hainan ein US-Spionageflugzeug zur Landung gezwungen und dessen Besatzung eine Zeitlang festgehalten worden. Präsident Bush und seine damalige Sicherheitsberaterin und heutige Außenministerin *Condoleezza Rice* schalten China als »aufstrebende Macht und strategischen Gegner«, als einen Rivalen also, der den USA – langfristig gesehen – am ehesten politisch, militärisch und wirtschaftlich Paroli bieten könnte. Beijing aber ist und bleibt Nordkoreas engster Verbündeter. Eine Grundlage dafür ist die Waffenbrüderschaft, die es während des dreijährigen Koreakrieges gab, in dem auch ein Sohn *Mao Tse-tungs* sein Leben verlor. Ein anderer Grund ist der Freundschafts- und Beistandspakt zwischen beiden Staaten vom 11. Juli 1961. Außerdem erhält Nordkorea vom großen Nachbar Erdöl, Lebensmittel und andere notwendige Güter des täglichen Bedarfs.

Nachdem Bush im Januar 2002 die »Achse des Bösen«<sup>3</sup> erfunden hatte, ersetzte er im September 2002 die Politik der Eindämmung durch eine neue Strategie präventiver Militärschläge, d.h. des Präventivkriegs, wonach ein Land anzugreifen sei, von dem die USA glauben, es könnte zuerst angreifen. In seinem Buch *Bush at War* zitiert der Journalist *Bob Woodward* den US-Präsidenten mit den Worten: »Ich hasse Kim Jong-Il!« Und er fügte hinzu, am liebsten würde er das Regime in Pjöngjang stürzen. Dieses reagierte prompt, verwies die IAEA-Inspektoren des Landes, ließ den Atomreaktor in Yôngbyôn mit neuen Brennstäben beladen und erklärte den Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag.

»So trafen Anfang 2003 die vorhersehbaren Provokationen und Täuschungsversuche Nordkoreas auf die seit langem vorliegenden Pläne der USA, die schon in der Anfangsphase eines neuen koreanischen Krieges den Einsatz von Atomwaffen vorsehen«,

schrieb der US-Historiker und Korea-Experte *Bruce Cumings* (2003). »Das Prinzip des Atomwaffensperrvertrags lautet«, so Cumings weiter,

»dass Staaten ohne Nuklearwaffen nicht von denen bedroht werden dürfen, die Atomwaffen besitzen. 1996 erklärte der Internationale Gerichtshof in Den Haag, jeglicher Einsatz von oder die Bedrohung durch Atomwaffen sei als das ›mal ultime‹ zu verurteilen. Dennoch könnte der Einsatz von Atomwaffen gerechtfertigt sein – dann nämlich, wenn das Überleben eines

ganzen Staates auf dem Spiel stünde (zit. nach: The New York Times, 9. Juli 1996). Demnach jedenfalls ist es eher gerechtfertigt, dass Nordkorea Atomwaffen produziert, als dass die USA dem ›nichtnuklearen Staat‹ Nordkorea die Vernichtung androhen.«

»Der trotz des Widerstandes der internationalen Gemeinschaft geführte Krieg in Irak hat gelehrt«, konterte die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur KCNA, »dass eine Nation über eine angemessene militärische Stärke verfügen sollte, um ihre Souveränität zu verteidigen«. Pjöngjang sah sich provoziert und bangte um das Überleben seines Regimes, als im März 2003 US-Streitkräfte in den Irak einmarschierten. Seitdem beharrt es – so wörtlich: »auf dem Recht, ein größtmögliches Abschreckungspotenzial zum Selbstschutz zu unterhalten«, wobei bis heute nicht eindeutig geklärt ist, ob Pjöngjang tatsächlich über ein Atomwaffenarsenal inklusive technologisch entsprechend ausgerüsteter Trägersysteme verfügt. Davon aber geht Washington aus. Und dieses durch »zielgenaue Nuklearschläge auszuschalten« – notfalls gemäß des bestehenden Planungskonzepts *CONPLAN 8022* –, erwog der ehemalige NATO-Oberbefehlshaber *Wesley Clark* noch Ende Mai 2005 gegenüber dem Fernsehsender CNN.

Fast zeitgleich, anlässlich des fünften Jahrestages des ersten koreanischen Gipfeltreffens und der Unterzeichnung der *Nord-Süd-Deklaration* Mitte Juni 2005, reisten über 300 südkoreanische Gäste nach Pjöngjang, um dort mehrere Tage lang gemeinsam dieses Ereignisses zu gedenken. Es herrschte eine ausgelassene Atmosphäre, die demonstrierte, dass Nord und Süd einander begegnen, voneinander lernen und miteinander feiern können, solange Einmischungen von außen unterbleiben. »Von nun an sollten Süd- und Nordkorea alle Kräfte bündeln, um einen tragfähigen Friedensmechanismus zu schaffen und die Gefahr eines Atomkrieges auf der Halbinsel zu bannen«, erklärte Südkoreas Vereinigungsminister *Chung Dong-Young* in Pjöngjang nach einem Treffen mit Staatschef Kim Jong-Il.

Die nordkoreanische Seite reagierte prompt: »Wir sollten nicht untätig herumsitzen und auf Frieden warten, wir sollten lieber unserer Nation voll vertrauen und mit vereinter Kraft den Frieden sichern«, erwiderte der nordkoreanische Sprecher *Ahn Kyông-Ho*.

In Seoul zeigte man sich maßlos enttäuscht, als wenige Tage nach den gemeinsamen Nord-Süd-Feierlichkeiten *Paula Dobriansky*, Unterstaatssekretärin im US-State Department, Nordkorea als einen »Außenposten der Tyrannei« brandmarkte.

*VII. Mal Diplomatie, mal Bombenstimmung* – Zwischenzeitlich initiierte Beijing eine Sechser-Gesprächsrunde, um diesen nach 1994 zweiten Atom-

streit mit Nordkorea beizulegen. Neben Gastgeber China gehören dieser Runde die beiden Korea, Japan, Russland und die USA an. Seit Sommer 2004 stockten die Gespräche, um in der vierten Runde der Sechs-Länder-Gespräche am 19. September 2005 zu einem (teilweisen) Durchbruch zu führen. Zu den Kernpunkten zählten: Nordkorea verpflichtete sich grundsätzlich zur Aufgabe seiner Atomwaffen und bestehender Nuklearprogramme und sagte eine Rückkehr zum Atomwaffensperrvertrag »zu einem baldigen Zeitpunkt« zu. Als Gegenleistung stellten die USA, Südkorea und Japan Pjöngjang Energiehilfen, wirtschaftliche Zusammenarbeit und die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen in Aussicht. Nordkorea nahm für sich das Recht auf friedliche Nutzung von Kernenergie in Anspruch, was die anderen Parteien unwidersprochen respektierten. Überdies versicherten die USA, keine Atomwaffen auf der koreanischen Halbinsel disloziert zu haben und keinerlei Absicht zu hegen, Nordkorea anzugreifen oder dort einzumarschieren. Bei der strittigen Zeitabfolge, wer was zuerst tun sollte, war von »koordinierten Schritten« nach dem Grundsatz »Verpflichtung gegen Verpflichtung und Handeln gegen Handeln« die Rede.

Alle Beteiligten – von US-Unterhändler *Christopher R. Hill*, Chinas stellvertretender Außenminister *Wu Dawei*, Südkoreas Delegationschef *Song Min-Soon* und Japans Außenminister *Machimura Nobutaka* bis hin zu dem Generaldirektor der IAEA, *Mohamed El Baradei*, und dem EU-Außenbeauftragten Javier Solana – zeigten sich erleichtert über das Abkommen und bezeichneten es als »Meilenstein auf dem Weg zum Aufbau eines Friedensmechanismus« auf der koreanischen Halbinsel. Der Hoffnungsschimmer vom 19. September 2005 verblasste allerdings rasch: Schon einen Monat später warf Washington Pjöngjang vor, Nordkorea hätte über die in Macao ansässige *Banco Delta Asia* illegal – durch gefälschte und »gewaschene« US-Dollarnoten, Drogenhandel und Waffenverkauf – sein Nuklearprogramm finanziert. Washington belegte Nordkorea umgehend mit Sanktionen und einem Finanzembargo, um den Devisenverkehr der Volksrepublik mit der Außenwelt zu kontrollieren. Nordkorea reagierte darauf mit der Drohung, nicht länger mehr an Sitzungen der Sechser-Konferenz teilzunehmen. Unter diesen Umständen gossen Raketentests Nordkoreas am 5. Juli 2006 weiteres Öl ins Feuer – für Washington und Tokio ein willkommener Anlass, den internationalen Druck auf Nordkorea zu erhöhen. Die einstimmig verabschiedete Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 15. Juli 2006, die von Pjöngjang verlangte, auf weitere Provokationen zu verzichten und an den Verhandlungstisch der Sechser-Konferenz zurückzukehren, wurde diesmal auch von China und Russland mitgetragen. Daraufhin erklärte Nordkorea, diese Resolution nicht akzeptieren zu können – mit dem Argument, Raketentests fielen unter die Entscheidungshoheit eines souveränen Staates.

Und gemäß derselben etatistischen Logik zündete Pjöngjang schließlich am 9. Oktober 2006 unterirdisch seine erste Atombombe. Das zeigte offenbar Wirkung: Bereits einen Monat später musste die Republikanische Partei von Präsident George W. Bush eine herbe Niederlage im Kongress und Senat einstecken, was dazu führte, dass lange Zeit ihm treu ergebene Gefolgsleute nunmehr darauf drängten, einem harschen Konfrontationskurs vis-à-vis Pjöngjang abzuschwören und wenigstens Gesprächsbereitschaft mit dessen politischer Führung zu signalisieren. Darauf hatte nicht zuletzt Südkoreas Außenminister *Ban Ki-Moon* (heute UN-Generalsekretär) mehrfach gedrängt. Es sei kontraproduktiv, so Ban, Nordkorea stets mit negativen, respektlosen Etiketten zu belegen. Bushs innerparteilichen Kritiker setzten auf eine – zumindest partielle – Entspannung an der »ostasiatischen Front«, zumal GIs in Irak und Afghanistan gleichzeitig in die bis dahin verlustreichsten Gefechte verstrickt waren. Derweil wurden die Sechser-Gespräche in der chinesischen Hauptstadt um die Jahreswende 2006/2007 fortgesetzt.

*VIII. Pingpong in Pjöngjang* – Als schließlich am 13. Februar 2007 in der chinesischen Hauptstadt die dritte Sitzung der fünften Runde der Sechser-Gespräche zur Beilegung des Konflikts um Nordkoreas Atomprogramm nach zähen Verhandlungen zu Ende ging, herrschte allseits Euphorie. »Das unterzeichnete Dokument ist sehr bedeutsam«, frohlockte *Chun Yung-Woo*, Südkoreas Chefunterhändler bei der Gesprächsrunde, »da nunmehr angestrebt wird, Prinzipien in die Praxis Umzusetzen«. Im Kern einigte sich die Sechser-Gruppe auf eine Vereinbarung für die Anfangsphase, die Energielieferungen im Gegenzug für eine Schließung des Atomreaktors in Yôngbyôn sowie die Rückkehr von IAEA-Inspektoren vorsieht. Ziel sei, so Chinas Chefunterhändler Wu Dawei, die Aufgabe des gesamten nordkoreanischen Atomprogramms; Pjöngjang erklärte sich zum schrittweisen Abbau seines Atomprogramms bereit und schaltet innerhalb von 60 Tagen den Reaktor in Yôngbyôn ab. Im Gegenzug wird dem Regime in Pjöngjang die Lieferung von einer Million Tonnen Rohöl zugesichert, davon 50.000 Tonnen als Soforthilfe.

Washington stimmte der Vereinbarung durch seinen Emissär *Christopher R. Hill* zu, der überdies erklärte, mit Pjöngjang würden bilaterale Verhandlungen aufgenommen, um ungelöste Probleme in ihren Beziehungen mit dem Ziel einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu lösen. Beide Länder wollten auch darauf hinarbeiten, dass Nordkorea von der US-Liste der Staaten genommen werde, die den Terrorismus unterstützen. Auch mit Japan soll ein bilateraler Dialog erfolgen. In fünf Arbeitsgruppen (Themen: Denuklearisierung, US-amerikanisch-nordkoreanische Beziehungen, nordkoreanisch-japanische Beziehungen, Wirtschaftskooperation,



Friedens- beziehungsweise Sicherheitsmechanismus in Nordostasien), die sich innerhalb eines Monats konstituierten, soll zudem über einen Friedensvertrag diskutiert werden. Bislang existiert seit dem Ende des Koreakriegs im Juli 1953 lediglich ein Waffenstillstandsabkommen.

Mitte März reiste IAEA-Generaldirektor Mohamed El Baradei nach Nordkorea, um dort, wie er es wörtlich formulierte, »die Luft zu reinigen«. In Pjöngjang traf er sich u.a. mit dem Vorsitzenden der nordkoreanischen Atomenergie-Behörde *Ri Je-Son*, während sich Vizeaußenminister *Kim Kye-Gwan*, gleichzeitig Chefunterhändler seines Landes in Beijing, aus Krankheitsgründen entschuldigen ließ. Und über die Ostertage 2007 weilte seit langem wieder eine hochrangige US-amerikanische Delegation unter Leitung des Gouverneurs von New Mexico und Washingtons Ex-Botschafter bei den Vereinten Nationen *Bill Richardson* in Nordkorea. Richardson reiste mit ausdrücklicher Genehmigung von Präsident Bush in die Volksrepublik, obgleich er selbst ein Anwärter der oppositionellen Demokratischen Partei bei der nächsten Präsidentschaftswahl ist. Wenngleich es das vorrangige Ziel des Richardson-Besuchs war, Überreste während des Koreakriegs getöteter GIs in die Heimat zu überführen, standen auch darüber hinausgehende Gespräche über verbesserte bilaterale Beziehungen zwischen beiden Ländern auf der Agenda. Gleichzeitig wurde nach vorangegangenen Verhandlungen zwischen Beamten des *U.S. Treasury Department* und nordkoreanischen Unterhändlern in Beijing entschieden, die seit Herbst 2005 eingefrorenen Bankguthaben Nordkoreas in Macao in Höhe von umgerechnet 25 Mio. US-Dollar freizugeben.

Eigentlich gelangte man im Frühjahr 2007 wieder dort an, wo man in wesentlichen Punkten bereits fast dreizehn Jahre zuvor im Rahmen des gemeinsamen US-amerikanisch-nordkoreanischen Abkommens zur Beilegung des ersten Atomstreits (*Agreed Framework*) gestanden hatte. Eine groteske Situation, die durch die aggressive Diplomatie der früheren US-amerikanischen Verhandlungsführer *James A. Kelly* (von 2001 bis 2005 *Assistant U.S. Secretary of State for East Asian and Pacific Affairs*) und *John R. Bolton*, Ex-US-Botschafter bei den Vereinten Nationen, heraufbeschworen und vom Zickzack-Kurs Pjöngjangs verschärft wurde.

Ein Etappenziel hat Pjöngjang jedenfalls erreicht – auf gleicher Augenhöhe Direktgespräche mit Vertretern Washingtons zu führen. Wie zeitnah freilich die hochgesteckten Ziele der Februar-Vereinbarung mit Leben gefüllt werden, ist schwer zu prognostizieren.<sup>4</sup> Über fünf Jahrzehnte erbitterter Konfrontation lassen sich nicht in fünf Monaten vergessen machen.

---

1 Zit. n. Süddeutsche Zeitung vom 5. Juli 1972.

- 2 Manche Beobachter behaupten inzwischen, der eventuelle Zusammenbruch des nordkoreanischen Systems bedeute nicht etwa, dass dann der Norden durch den Süden »geschluckt«, sondern Nordkorea vielmehr zur vierten Provinz der Nordost(Dongbei)-Region Chinas gemacht würde.
- 3 In seiner Rede »State of the Union Address«, veröffentlicht u.a. von BBC News Americas am 30. Januar 2002, sprach US-Präsident George W. Bush erstmals öffentlich von der so genannten »axis of evil«, zu der er neben Nordkorea den Iran und Irak rechnete. Die Reaktion der nordkoreanischen Regierung darauf (»N Korea hits back at US«), in der der Bush-Administration u.a. »moral leprosy« (moralische Lepra) vorgeworfen wurde, publizierte BBC News Asia-Pacific am 1. Februar 2002.
- 4 Das Manuskript wurde Anfang Mai 2007 abgeschlossen.

## Quellen

- Atomstreit mit Nordkorea: Bush begrüßt Durchbruch bei Atomgesprächen mit Pjöngjang. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 20. September 2005.
- Joseph S. Bermudez Jr.: Shield of the Great Leader: The Armed Forces of North Korea. Sydney 2001.
- Carter: 1994 Agreed Framework »in the wastebasket«. Korean Broadcasting System (KBS), 18. Oktober 2006.
- Hyondok Choe / Du-Yul Song / Rainer Werning (Hg.): Wohin steuert Nordkorea? Soziale Verhältnisse, Entwicklungstendenzen, Perspektiven. Köln 2004.
- Bruce Cumings: Nordkorea und USA im atomaren Gleichgewicht. Pjöngjang liegt nicht am Tigris. In: Le Monde diplomatique (dt. Ausg.). Februar 2003.
- Europäische Union (EU): Bulletin EU 10-2002, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (13/32). Erklärung des Vorsitzes im Namen der Europäischen Union am 18. Oktober zum Atomwaffenprogramm Nordkoreas. Brüssel / Kopenhagen 2002.
- European Commission: External Relations – The EU & the Republic of Korea (South Korea). Supporting international efforts to reduce tensions on the Korean peninsula. MEMO/01/159. Brüssel, 30. April 2001.
- Unterstützung von allen Seiten für Kim Dae-jung. In: Frankfurter Allg. Zeitung v. 21. Okt. 2000
- Selig S. Harrison: Nord- und Südkorea: Die schwierige Entspannung. In: Le Monde diplomatique (dt. Ausg.). Januar 2001.
- Kathrin Hille: Nordkorea verspricht Stopp der Raketentests. In: Financial Times Deutschland vom 4. Mai 2001.
- International Crisis Group (ICG) (ed.): China and North Korea: Comrades Forever? In: Asia Report No 112. Seoul / Brüssel, 1. Februar 2006.
- Young Whan Kihl / Hong Nack Kim (eds.): North Korea: The Politics of Regime Survival. New York 2006.
- Brian Knowlton: Bush Tells Korean He Distrusts North. In: Intl. Herald Tribune, 8. März 2001.
- Bertil Lintner: Great Leader, Dear Leader: Demystifying North Korea under the Kim Clan. Chiang Mai 2005.
- N.K. [North Korea] nuke dispute may give U.S. president »sole opportunity« for diplomatic success: Kim Dae-jung. Yonhap [südkoreanische Nachrichtenagentur], 16. April 2007.
- Nordkorea will Kernwaffen aufgeben. In: ZEIT online vom 19. Sept. 2005 (<http://www.zeit.de/online/2005/38/nordkorea>).
- Chris Patten / Javier Solana: EU Policy on the Democratic People's Republic of Korea (DPRK). Supporting International Efforts to Reduce Tensions on the Korean Peninsula. Hg.: European Union, Delegation of the European Commission to the United States, No. 33/01, Washington DC 2001.
- William J. Perry: Review of United States Policy Toward North Korea: Findings and Recommendations. Unclassified Report by Dr. William J. Perry, U.S. North Korea Policy Coordinator and Special Advisor to the President and the Secretary of State. Washington, DC, 12. Oktober 1999. Department of Defense: Quadrennial Defense Review Report. Washington, DC, 30. September 2001.
- »Rebuilding America's Defenses: Strategy, Forces and Resources For a New Century«, verfasst im September 2000 von dem in den USA einflussreichen, 1997 gegründeten konservativen Thinktank »Project for the New American Century«, dem u.a. Paul Wolfowitz, Lewis Libby, Stabschef von Vizepräsident Cheney, Jeb Bush, Gouverneur in Florida und Bruder des Präsi-

denten, William Kristol, Robert Kagan und John R. Bolton (Ex-US-Botschafter bei den Vereinten Nationen) angehörten. – Der Kernpunkt dieses Papiers lautet: »Derzeit sehen sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die ›Grand Strategy‹ der Vereinigten Staaten von Amerika sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position auch in Zukunft so weit wie möglich zu bewahren und auszuweiten«.

Rainer Rupp: Militärschlag angedroht. In: Junge Welt, 5. Juni 2003.

Rainer Werning (Hg.): Nordkorea – Annäherungen an einen Außenseiter. Frankfurt / M. 1988.

Rainer Werning: Washingtons Kaltfront auf der Koreanischen Halbinsel. In: Freitag Nr. 21., 18. Mai 2001.

Rainer Werning: Hoch gepökert – Nordkorea: Kleines Land, große Chuzpe. In: Wissenschaft & Frieden Nr. 2 / 2005.

Bob Woodward: Bush at War. New York 2002.